

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 6

Ausgegeben in München am 30. März 2005

Jahrgang 2005

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Verordnung über die Errichtung staatlicher Fachschulen (Fachschulerrichtungsverordnung – FSErrichtV) 102

Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb von Sonderschulen 105

Verordnung zur Änderung der Fachoberschulerrichtungsverordnung 107

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vollzug der Schulordnung für die Fachakademien für Hauswirtschaft
hier: Formulare 108

Beförderung von Schülern zur Teilnahme an Veranstaltungen von Schülerwettbewerben, Konzerten, Ausstellungen und Lesungen 113

Vollzug der Gymnasialschulordnung
hier: Formulare 113

Funktionen des Örtlichen Verkehrssicherheitsbeauftragten im schulischen Bereich 115

Zulassung von Lernmitteln 115

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

2236-6-2-UK

Verordnung über die Errichtung staatlicher Fachschulen (Fachschulerrichtungsverordnung – FSErrichtV)

Vom 17. Dezember 2004 (GVBl 2005 S. 7)

Auf Grund des Art. 26 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

(1) ¹In Bayern bestehen die in der **Anlage** in Spalte 2 aufgeführten staatlichen Fachschulen. ²Die in Spalte 2 der Anlage genannten Schulen sind organisatorisch mit den in Spalte 3 der Anlage genannten Schulen verbunden; diese verbundenen Schulen bilden jeweils eine Dienststelle.

(2) Die örtlich zuständige Regierung ist übergeordnete Dienststelle im Sinn der Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft. ²Mit Ablauf des 31. Juli 2005 treten außer Kraft

1. die Verordnung zur Ausgliederung schulischer Ausbildungsgänge aus staatlichen Ingenieurschulen und staatlichen Fachschulen mit Ingenieurabteilung vom 23. Juli 1971 (GVBl S. 281, BayRS 2236-4-2-2-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Mai 1998 (GVBl S. 284),
2. die Verordnung über die Errichtung staatlicher Berufsfachschulen und Fachschulen im Jahr 1992 vom 21. Juli 1992 (GVBl S. 276, BayRS 2236-4-3-22-UK), zuletzt geändert durch § 4 der Verordnung vom 7. September 2004 (GVBl S. 380),
3. die Verordnung über die Errichtung einer staatlichen Fachschule für Lebensmitteltechnik in Kulmbach vom 9. September 1986 (GVBl S. 319, BayRS 2236-6-2-1-UK) und
4. die Verordnung über die Errichtung staatlicher Fachschulen im Jahr 1997 vom 17. März 1997 (GVBl S. 54, BayRS 2236-6-2-2-UK).

München, den 17. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Monika Hohlmeier
Staatsministerin

Verzeichnis der staatlichen Fachschulen

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Schule	Organisatorische Verbindung
1.	Regierungsbezirk Oberbayern	
1.1	Staatliche Fachschule für Blumenkunst Weihenstephan	
1.2	Staatliche Fachschule für Holzbetriebswirtschaft Rosenheim	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Holztechnik Rosenheim
1.3	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Holztechnik Rosenheim	Staatliche Fachschule für Holzbetriebswirtschaft Rosnheim
2.	Regierungsbezirk Niederbayern	
2.1	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Maschinenbautechnik Landshut	Staatliche Berufsfachschule für Maschinenbau Landshut
2.2	Staatliche Fachschule (Meisterschule) für Keramik Landshut	Staatliches Berufsbildungszentrum für Keramik Landshut
2.3	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Elektrotechnik Straubing	Staatliche Berufsschule I Straubing
2.4	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Bau- und Glasbautechnik Vilshofen an der Donau	Staatliche Berufsschule Vilshofen an der Donau
2.5	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Glashüttentechnik Zwiesel	Staatliches Berufsbildungszentrum für Glas Zwiesel
3.	Regierungsbezirk Oberpfalz	
4.	Regierungsbezirk Oberfranken	
4.1	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Elektro-, Maschinenbau- und Umweltschutztechnik Hof	Staatliche Berufsschule Hof - Stadt und Land
4.2	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Fleischerei- und Lebensmittelverarbeitungstechnik Kulmbach	
4.3	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Bautechnik Kulmbach	Hans-Wilsdorf-Schule, Staatliche Berufsschule Kulmbach
4.4	Staatliche Fachschule für Textilbetriebswirtschaft Münchberg	Staatliches Berufsbildungszentrum Textil - Bekleidung Münchberg - Naila
4.5	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Textiltechnik Münchberg	Staatliches Berufsbildungszentrum für Textil - Bekleidung Münchberg - Naila
4.6	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Bekleidungstechnik Naila	Staatliches Berufsbildungszentrum für Textil - Bekleidung Münchberg - Naila
4.7	Staatliche Fachschule für Porzellan und industrielle Formengestaltung	Staatliches Berufsbildungszentrum für Porzellan Selb
4.8	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Keramiktechnik Selb	Staatliches Berufsbildungszentrum für Porzellan Selb
4.9	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Steintechnik Wunsiedel	

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Schule	Organisatorische Verbindung
5.	Regierungsbezirk Mittelfranken	
5.1	Staatliche Fachschule (Meisterschule) für Schreiner Gunzenhausen	Staatliche Berufsschule Gunzenhausen
6.	Regierungsbezirk Unterfranken	
6.1	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Maschinenbautechnik Aschaffenburg	Staatliche Berufsschule I Aschaffenburg
6.2	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Maschinenbautechnik Schweinfurt	Staatliche Berufsschule I Schweinfurt
7.	Regierungsbezirk Schwaben	
7.1	Staatliche Fachschule (Technikerschule) für Bau-, Elektro- und Maschinenbautechnik Nördlingen	Staatliche Berufsschule Nördlingen

2233-1-2-UK

**Verordnung
zur Änderung der
Zweiten Verordnung zur Durchführung des
Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb
von Sonderschulen**

Vom 27. Dezember 2004 (GVBl 2005 S. 21)

Auf Grund von Art. 60 Satz 2 Nrn. 14 und 15 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb von Sonderschulen – 2. DVSoSchG – (BayRS 2233-1-2-UK) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift der Verordnung erhält folgende Fassung:

„Verordnung zur Durchführung der Art. 25, 26 und 36 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes“

2. In der Einleitungsformel werden die Worte „Art. 13 Nrn. 6 und 7 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb von Sonderschulen (SoSchG)“ durch die Worte „Art. 60 Satz 2 Nrn. 14 und 15 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes – BaySchFG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84)“ ersetzt.

3. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Worte „Art. 9 und Art. 10 SoSchG“ werden durch die Worte „Art. 25, 26 und 36 BaySchFG“ ersetzt.

bb) In Nr. 3 werden das Wort „Sonderschulpflicht“ durch das Wort „Förderschulpflicht“ und die Worte „Art. 3 SoSchG“ durch die Worte „Art. 22 Abs. 1 BayEUG“ ersetzt.

- b) In Abs. 2 werden das Wort „Sonderschule“ durch das Wort „Förderschule“ und die Worte „Art. 3 SoSchG“ durch die Worte „Art. 22 Abs. 1 BayEUG“ ersetzt.

4. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Worte „dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG)“ durch die Worte „dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)“ ersetzt.

- b) Die Worte „des Bundessozialhilfegesetzes oder des Gesetzes für Jugendwohlfahrt“ werden durch die Worte „des Achten Buchs Sozialgesetzbuch oder des Zwölften Buchs Sozialgesetzbuch“ und die Worte „Art. 9 Abs. 2 SoSchG“ werden durch die Worte „Art. 25 Abs. 1 BaySchFG“ ersetzt.

5. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Als Kosten, die durch die Heimunterbringung oder Familienunterbringung des Kindes für den häuslichen Lebensunterhalt erfahrungsgemäß erspart werden (Art. 25 Abs. 3 Satz 2 und Art. 26 Satz 1 BaySchFG), gelten 85 v.H. des für das Kind maßgebenden Mindestbetrags für den Regelsatz nach § 28 SGB XII (bundesweiter Eckregelsatz).“

- b) In Satz 2 werden die Worte „die Regelsätze nach § 22 Abs. 2 BSHG“ durch die Worte „den Regelsatz nach § 28 SGB XII“ ersetzt.

- c) In Satz 3 werden die Worte „Bundessozialhilfegesetz oder Jugendwohlfahrtsgesetz“ durch die Worte „Achten Buch Sozialgesetzbuch oder dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

- d) In Satz 4 wird das Wort „Bundessozialhilfegesetz“ durch die Worte „Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

6. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für den Begriff des Einkommens (Art. 25 Abs. 4 Satz 1 und Art. 26 Satz 2 BaySchFG) sind die §§ 82, 83 und 84 SGB XII und die hierzu erlassene Rechtsverordnung entsprechend anzuwenden (Nettoeinkommen).“

- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „§ 79 Abs. 2 und 3 BSHG“ durch die Worte „§ 85 Abs. 2 und 3 SGB XII“ ersetzt.

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²An die Stelle des Grundbetrags nach § 85 Abs. 2 SGB XII tritt ein Grundbetrag in Höhe des fünffachen Regelsatzes nach § 28 SGB XII (bundesweiter Eckregelsatz).“

cc) In Satz 3 werden die Worte „§ 84 Abs. 1 BSHG“ durch die Worte „§ 87 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 SGB XII“ ersetzt.

c) In Abs. 3 werden die Worte „§ 79 Abs. 2 und 3 BSHG in Verbindung mit § 81 Abs. 2 und 5 BSHG“ durch die Worte „Abs. 2 Sätze 1 und 2“ ersetzt.

7. § 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Worte „Art. 9 Abs. 4 Satz 1 und Art. 10 Satz 2 SoSchG“ werden durch die Worte „Art. 25 Abs. 4 Satz 1 und Art. 26 Satz 2 BaySchFG“ ersetzt.

b) Die Worte „§ 88 BSHG“ werden durch die Worte „§ 90 SGB XII“ ersetzt.

c) Der Betrag „35 000,— DM“ wird durch den Betrag „18 000,— €“ und die Beträge „10 000,— DM“ werden jeweils durch die Beträge „5 000,— €“ ersetzt.

8. § 10 Satz 2 wird aufgehoben; die Satzbezeichnung 1 entfällt.

9. In § 11 werden das Wort „Sonderschule“ durch das Wort „Förderschule“ und die Worte „Art. 9 Abs. 5 und Art. 10 Abs. 2 SoSchG“ durch die Worte „Art. 25 Abs. 5 und Art. 26 Satz 2 BaySchFG“ ersetzt.

10. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „unter zehn Deutsche Mark“ durch die Worte „unter fünf Euro“ ersetzt.

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Centbeträge werden auf volle Euro abgerundet.“

b) In Abs. 2 werden die Worte „unbeschadet des § 19 Abs. 2“ gestrichen.

11. In § 15 Abs. 2 werden die Worte „des Sonderschulgesetzes“ durch die Worte „des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes“ ersetzt.

12. In § 18 Abs. 2 werden die Worte „§ 43 Satz 2 BSHG oder § 85 Abs. 1 Satz 2 JWG“ durch die Worte „§ 92 Abs. 1 Satz 2 SGB XII oder § 92 Abs. 2 und 3 SGB VIII“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

München, den 27. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Monika Hohlmeier
Staatsministerin

2236-7-2-UK

**Verordnung
zur Änderung der
Fachoberschulerrichtungsverordnung
Vom 26. Januar 2005 (GVBl S. 23)**

Auf Grund des Art. 26 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

§ 3 Abs. 1 der Verordnung über die Errichtung staatlicher Fachoberschulen (Fachoberschulerrichtungsverordnung – FOSErrichtV) vom 26. Oktober 2004 (GVBl S. 424, BayRS 2236-7-2-UK) wird wie folgt geändert:

1. In Satz 2 wird die Zahl „2006“ durch die Zahl „2011“ ersetzt.
2. In Satz 3 wird die Zahl „2005/06“ durch die Zahl „2010/11“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2005 in Kraft.

München, den 26. Januar 2005

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Monika Hohlmeier
Staatsministerin

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

223609.2-UK

Vollzug der Schulordnung für die Fachakademien für Hauswirtschaft hier: Formulare

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 15. Februar 2005 Nr. VII.9-5 S 9615-8-7.8 772

I

Die nach der Schulordnung für die Fachakademien für Hauswirtschaft (Fachakademieordnung Hauswirtschaft – FakOHw) vom 18. Juni 1998 (GVBl S. 361, BayRS 2236-9-1-5-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. November 2004 (GVBl S. 458), zu erteilenden Jahres- und Abschlusszeugnisse sowie die Urkunden sind nach den in der Anlage beigefügten Mustern im Format DIN A 4 auszustellen.

Die Anmerkungen zu den Zeugnisvordrucken sind nicht Bestandteil der amtlichen Formulare.

Das Staatsministerium kann Abweichungen zulassen, wenn die Zeugnisse mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellt oder ausgefüllt werden.

Die Verwendung des kleinen Staatswappens im Zeugnis ist gestattet

- staatlichen Schulen,
- kommunalen Schulen, wenn der Träger das kleine Staatswappen führt,
- staatlich anerkannten Ersatzschulen, denen das Staatsministerium des Inneren oder die Regierung dies genehmigt hat.

Die Verwendung kommunaler Wappen ist kommunalen Schulen gestattet, wenn der Schulträger der Verwendung des Wappens im Zeugnis zustimmt.

II

Diese Bekanntmachung tritt für das erste Studienjahr am 1. April 2005, für das zweite Studienjahr am 1. August 2005 und für das dritte Studienjahr am 1. August 2006 in Kraft. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 29. Juni 1998 (KWMBI I S. 303) tritt für das erste Studienjahr mit Ablauf des 31. März 2005, für das zweite Studienjahr mit Ablauf des 31. Juli 2005 und für das dritte Studienjahr (Berufspraktikum) mit Ablauf des 31. Juli 2006 außer Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2005 S. 108

Anlage 1

.....
(Bezeichnung der Fachakademie, Schulort)

Jahreszeugnis

Herr/Frau ,
(sämtliche Vornamen und Familienname)

geboren am in ,

besuchte im Schuljahr 20...../..... das Studienjahr der oben genannten Fachakademie.

Die Leistungen in den einzelnen Fächern wurden wie folgt beurteilt:

Pflichtfächer:

Deutsch
Sozialkunde
Betriebswirtschaft
Personalführung mit Berufs- und Arbeitspädagogik
Ernährung und Verpflegung
Service und Gestaltung
Textilservice
Gebäudereinigung
Projektmanagement

Zusatzfächer:

Englisch
Mathematik

Wahlfächer:¹⁾

Die Erlaubnis zum Vorrücken in das zweite Studienjahr hat er/sie erhalten.²⁾

.....
Ort, Datum

Schulleiter/Schulleiterin:

..... (Siegel)

Notenstufen: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend

¹⁾ Hier sind die gewählten Fächer aufzunehmen.

²⁾ Dieser Satz wird im Jahreszeugnis des zweiten Studienjahrs durch eine der folgenden Bemerkungen ersetzt: „Herr/Frau hat den ersten Prüfungsabschnitt bestanden und die Zulassung zum Berufspraktikum erhalten.“ oder : „Herr/Frau hat sich dem ersten Prüfungsabschnitt ohne Erfolg unterzogen. Er/Sie darf ihn gemäß Art. 54 Abs. 5 Satz 1 BayEUG noch einmal/nicht mehr wiederholen.“

.....
(Bezeichnung der Fachakademie, Schulort)

Abschlusszeugnis

Herr/Frau
(sämtliche Vornamen und Familienname)

geboren am in
(Geburtsdatum) (Geburtsort, ggf. ergänzt durch Angabe des Landkreises)

hat im Schuljahr 20.../ ... an der oben genannten Fachakademie die staatliche Abschlussprüfung mit der Prüfungs-
note

..... =

bestanden.

Den ersten Abschnitt der Abschlussprüfung hat Herr/Frau
im Schuljahr 20.../ ... nach Besuch der Fachakademie/als anderer Bewerber nach § 40 der Schulordnung abgelegt.

Herr/Frau ist berechtigt, die Berufsbezeichnung

**„Staatlich geprüfter hauswirtschaftlicher Betriebsleiter“/
„Staatlich geprüfte hauswirtschaftliche Betriebsleiterin“**

zu führen.

Die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse im Sinn des Berufsbildungsrechts und die für die fachliche Aus-
bildereignung erforderlichen beruflichen Fertigkeiten und Kenntnisse im Sinn des § 94 Abs. 1 Nr. 2 des Berufsbil-
dungsgesetzes sind nachgewiesen.

Diesem Zeugnis liegt die Schulordnung für die Fachakademien für Hauswirtschaft in der jeweils gültigen Fassung
zugrunde.

Notenstufen:	sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend
Prüfungsgesamtnote:	1,00-1,50 = sehr gut
	1,51-2,50 = gut
	2,51-3,50 = befriedigend
	3,51-4,50 = ausreichend

Die Leistungen von Herrn/Frau in den einzelnen Fächern wurden wie folgt beurteilt:

Pflichtfächer:

Deutsch	
Sozialkunde	
Betriebswirtschaft	
Personalführung mit Berufs- und Arbeitspädagogik	
Ernährung und Verpflegung	
Service und Gestaltung	
Textilservice	
Gebäudereinigung	
Projektmanagement	

Zusatzfächer:

Englisch	
Mathematik	

Berufspraktikum:

Wahlfächer:¹⁾

....., den20....

Vorsitzendes Mitglied des Prüfungsausschusses²⁾

Schulleiter/Schulleiterin

.....

Siegel

.....

¹⁾ Hier sind die gewählten Fächer aufzunehmen.

²⁾ Nur wenn das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses nicht der Schulleiter ist.

.....
(Bezeichnung der Fachakademie, Schulort)

Urkunde

Herr/Frau
(sämtliche Vornamen und Familienname)

geboren am in
(Geburtsdatum) (Geburtsort, ggf. ergänzt durch Angabe des Landkreises)

ist berechtigt, die Berufsbezeichnung

**„Staatlich geprüfter hauswirtschaftlicher Betriebsleiter“/
„Staatlich geprüfte hauswirtschaftliche Betriebsleiterin“**

zu führen.

....., den20....

Vorsitzendes Mitglied des Prüfungsausschusses¹⁾

Schulleiter/Schulleiterin

..... Siegel

¹⁾ Nur wenn das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses nicht der Schulleiter ist.

22305-UK

Beförderung von Schülern zur Teilnahme an

Veranstaltungen von Schülerwettbewerben, Konzerten, Ausstellungen und Lesungen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 21. Februar 2005 Nr. VI.9-5 S 4306.3.2-6.14 294

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus schreibt für jedes Schuljahr Schülerwettbewerbe aus und ruft alle Schulen zur Teilnahme auf. Durch die Teilnahme an einem Wettbewerb, einem Konzert, einer Ausstellung oder einer Lesung verwirklichen Schülerinnen und Schüler als Einzelpersonen oder als Mitglieder einer Arbeitsgruppe unter Anleitung und Förderung der Lehrkräfte die Forderung nach selbstständigem und entdeckendem Lernen und erleben so eine wertvolle Ergänzung des schulischen Unterrichts. Es ist Aufgabe der Schulen, aus der Fülle der Angebote an Wettbewerben, Konzerten, Ausstellungen und Lesungen die entsprechenden Veranstaltungen in angemessenem Umfang auszuwählen und die Schüler zur aktiven Teilnahme aufzufordern.

1. Teilnahme an Maßnahmen oder Veranstaltungen

Nach den Bestimmungen der Schulordnungen für die einzelnen Schularten trifft die Entscheidung über die Teilnahme von Schülern an den Maßnahmen oder Veranstaltungen der Leiter der Schule. **Die unten aufgeführten Veranstaltungen sind Schulveranstaltungen, bei denen grundsätzlich davon auszugehen ist, dass die Teilnahme im Rahmen der Schule vorbereitet und auch durchgeführt wird.**

2. Als genehmigte Veranstaltungen in obigem Sinne gelten:

- Veranstaltungen zu Schülerwettbewerben, die nach einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 14. September 1984 eine gesamtstaatliche Förderung und Unterstützung erhalten.
- Veranstaltungen zu Schülerwettbewerben, die das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus oder ihm angeschlossene Institutionen im Auftrag ausrichten,
- Konzerte, Ausstellungen, Lesungen, Schulschachmeisterschaften und sonstige Veranstaltungen, die das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus ausrichtet bzw. die im Einzelfall durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus genehmigt werden.
- Begabtenförderungen, die durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einzelfall jeweils genehmigt werden.

3. Beförderung von Schülern zu den Veranstaltungen

Grundsätzlich ist der Transport von Schülern und Schülerinnen zu den obigen genannten Veranstaltungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchzuführen. Der Transport schließt die eventuelle erforderliche Benutzung von privaten Zubringerdiensten ein.

Die Beförderung von Schülern in privateigenen Personenkraftwagen von Lehrern oder Eltern ist nur zulässig, wenn die Zahl der Teilnehmer pro Schule so gering ist, dass die Benutzung eines privaten Busses unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde und eine gemeinsame Busanreise mehrerer Schülergruppen nicht organisiert werden kann. Die Entscheidung über die Benutzung privateigener Personenkraftwagen trifft der Schulleiter.

In der Regel ist eine derartige Beförderung auf Veranstaltungen unterhalb der Bezirksebenen beschränkt. Lehrer, die hiernach Schüler mit ihren privateigenen Personenkraftwagen befördern, genießen für diese Fahrten Dienstunfallschutz, soweit es sich dabei um Dienstreisen handelt (§ 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes).

Für Schüler besteht während dieser Fahrten gesetzlicher Unfallversicherungsschutz. Dieser Unfallversicherungsschutz für Schüler ist auch gegeben, wenn Schülereltern Schüler mit ihrem Privatfahrzeug zu den oben genannten Veranstaltungen befördern. Als Begleiter sind Eltern nur dann unfallversichert, wenn sichergestellt ist, dass sie als Ersatzkraft für fehlendes Lehrpersonal eingesetzt und die entsprechenden Fahrtkosten von der Schule oder dem Veranstalter getragen werden.

Die Mitnahme von Schülern durch Schüler in privateigenen Personenkraftwagen ist nicht zulässig.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. April 2005 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 113

223511.2-UK

Vollzug der Gymnasialschulordnung hier: Formulare

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 4. März 2005 Nr. VI.3-S 5511-6.325

Für die nach § 88 Abs. 7 Gymnasialschulordnung auszustellende Bescheinigung wird das in der Anlage beigefügte Muster herausgegeben.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 113

Der/Die Schulleiter/in des-Gymnasiums in

BESCHEINIGUNG

.....
(Vornamen, Familienname)

geboren am 19..... in

hat die Besondere Prüfung für Schüler der Jahrgangsstufe 10 des Gymnasiums nach § 88 der Gymnasialschulordnung bestanden und damit den mittleren Schulabschluss erworben.

Diese Bescheinigung gilt nur in Verbindung mit dem Jahreszeugnis für die Jahrgangsstufe 10

des-Gymnasiums

in vom

....., 20.....

Vorsitzende/r des
Prüfungsausschusses

.....

(Siegel)

22305-UK

Funktionen des Örtlichen Verkehrssicherheitsbeauftragten im schulischen Bereich

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 7. März 2005 Nr. II.7-5 S 7402.15-4.13 839

1. Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Bekanntmachung vom 7. August 1989 (AllMBI S. 711) als Ansprechpartner der Bürger in allen Fragen der Verkehrssicherheit die Funktion des „Örtlichen Verkehrssicherheitsbeauftragten“ (ÖVSB) geschaffen. Der Örtliche Verkehrssicherheitsbeauftragte der unteren Straßenverkehrsbehörde nimmt seither in seinem Zuständigkeitsbereich – in enger Abstimmung mit dem Örtlichen Verkehrssicherheitsbeauftragten der Polizei – auch alle bislang den örtlichen Schulwegbeauftragten zugewiesenen Aufgaben wahr. Die Bezeichnung „Örtlicher Schulwegbeauftragter“ wird nicht mehr verwendet.
2. Soweit in Verlautbarungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus die Bezeichnung „Schulwegbeauftragter“ Verwendung findet, ist nunmehr der Örtliche Verkehrssicherheitsbeauftragte (ÖVSB) der unteren Straßenverkehrsbehörde zu verstehen. Die Funktionsbeschreibungen, Rechte und Pflichten der bisherigen „Schulwegbeauftragten“ und nunmehrigen Örtlichen Verkehrssicherheitsbeauftragten bestehen unverändert fort.
3. Die Bekanntmachung tritt am 7. März 2005 in Kraft. Gleichzeitig wird die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. Juli 1990 (KWMBI I S. 261) aufgehoben.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 115

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 16. März 2005 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.23 986

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

1. Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Gymnasium

Natur und Technik

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Natur und Technik**, Gymnasium Bayern: Biologie 5: hrsg. v. Freiman, BN 171310, 1. Aufl. 05, 16,95 €, ZN 228/04-G (30.3.05)

Berufliche Schulen

Berufsschule

Deutsch

Holland + Josenhans Verlag, Stuttgart:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Sprachvermögen**, v. Bissinger u.a., BN 1200, 2. überarb. Aufl. 04, 22,80 €, ZN 60/97-B (30.3.05)

2. Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251) lernmittelfrei sind

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde

Klett Perthes Verlag, Gotha:

***ALEXANDER KombiAtlas für Bayern**, BN J-49711, 1. Aufl. 05/Dr.05, 19,90 €, ZN 10/05-V (30.3.05)

3. Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Deutsch – Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Das Hirschgraben Deutschbuch – Arbeitsheft**, Hauptschule Bayern:

7: v. Bruckmeier u.a., BN 604705, 1. Aufl. 04/2.Dr.05, 6,95 €, ZN 3/05-V (30.3.05)

M7: v. Bruckmeier u.a., BN 604616, 1. Aufl. 04/2.Dr.05, 7,95 €, ZN 4/05-V (30.3.05)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 30. März 2005 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 115